**Pressegespräch Plattform 25 vom 11.10.2013**

**Nicht alles, was wehtut, ist auch schon eine Reform!**

In Kommentaren zum für die selbst ernannten „Reformpartner“ besonders schmerzlichen steirischen Nationalratswahlergebnis wird immer wieder die Meinung vertreten, Voves und Schützenhöfer seien für ihre „mutige Reformpolitik“ abgestraft worden. Aus unserer Sicht liegt hier ein grundlegendes Missverständnis vor: Die Landesregierung betreibt keine zukunftsweisende Reformpolitik, sondern zieht gerade den massivsten Sozialabbau seit Jahrzehnten durch – ohne nachhaltigen Effekt für die Budgetsanierung, mit fatalen Folgen für die Zukunft unseres Landes. Dieser Etikettenschwindel und nicht die grundsätzliche Ablehnung jeglicher Reformen hat zur herben Wahlniederlage der sogenannten „Reformzwillinge“ geführt – die Bevölkerung kennt die harte Realität hinter dem schönen Schein der Reformpartnerpropaganda.

Unsere Hauptkritikpunkte an der sogenannte „Reformpolitik“ der Landesregierung:

* Echte Reformen haben nachhaltig positive Auswirkungen auf die Zukunft. Die sogenannten „Budgetkonsolidierungsmaßnahmen“ zielen aber meist nur auf den schnellen Effekt ohne jede Rücksicht auf Nachhaltigkeit – sie haben ganz im Gegenteil oft fatale Folgen für die Zukunft: Wenn z.B. ein Jugendlicher mit Lernschwäche infolge der Streichung der Entwicklungsförderung keinen Schulabschluss und in weiterer Folge keinen Einstieg ins Berufsleben schafft, wird er sein Leben lang auf Unterstützung der öffentlichen Hand angewiesen sein, anstatt Steuern und Sozialversicherungsabgaben zu zahlen.
* Den selbst ernannten „Reformpartnern“ fehlt der Blick aufs Ganze, geschaut wird immer nur auf den eigenen Budgettopf. So entlasten z.B. Kürzungen im Sozialbereich zwar möglicherweise das aktuelle Budget des Sozialressorts, führen aber zu drastischen Kostensteigerungen beim AMS – laut Angaben von Sozialllandesrat Schrittwieser verloren infolge der Kürzungen im Sozialbereich 1050 Beschäftigte ihren Job.
* Während im Sozial-, Kultur-, Bildungs- und Gesundheitsbereich massiv gekürzt wird, werden millionenschwere Förderungen für multinationale Konzerne und die sündteure Eventpolitik (Stichwort 400 Millionen für Schi-WM in Schladming) nicht in Frage gestellt.
* Demokratische Reformpolitik benötigt den Rückhalt der Bevölkerung und bemüht sich daher um gute Kommunikation der angestrebten Maßnahmen und um Einbindung der Betroffenen. Die selbst ernannten „Reformpartner“ haben Kommunikation durch plumpe Propaganda mittels sündteurer Inseratenkampagnen und Einbindung der Betroffenen durch das Prinzip Drüberfahren ersetzt.
* Die Kürzungen im Sozialbereich verletzen nationales und internationales Recht: konkret die 15a-Vereinbarung über die Mindestsicherung, die UN-Kinderrechtskonvention und die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen – letztere gleich in 8 (!) Paragraphen.
* Wie zutreffend ist die Bezeichnung Reformen für Maßnahmen, die jegliche Nachhaltigkeit und den Blick aufs Ganze vermissen lassen, nur auf den Augenblickserfolg ausgerichtet sind und fatale Folgen für die Zukunft haben, undemokratisch durchgedrückt werden und zudem rechtsstaatliche Normen verletzen? Wir meinen, auch für Reformen gibt es Mindeststandards – die Kürzungen und Streichungen von Voves, Schützenhöfer und Co. erfüllen diese mit Sicherheit nicht.